

Die Zukunft der transatlantischen Beziehungen - Perspektiven einer europäischen Außenpolitik

Reden/Artikel

Beitrag für die Berliner Republik 04/2003 und Diskussionsbeitrag im Rahmen einer Forumsveranstaltung auf dem Ökumenischen Kirchentag am 31. Mai 2003 in Berlin

Wohin gehen wir? Driften wir auf beiden Seiten des Atlantik von einer augenblicklichen Störung in eine lang anhaltende Verstörung?
Wird der Irakkrieg zu einem historischen Wendepunkt?

Nach dem zweiten Weltkrieg haben die USA die Westeuropäer an die Hand genommen. Mit ihrer Hilfe hat sich Europa in eine Region verwandelt, in der die Menschen ihre Freiheit leben und Demokratie verwirklichen können. Solange Europa geteilt war, haben die USA die Grenzen der EU bewacht. Bede, die EU und die USA, haben Freiheit und Demokratie in Europa garantiert. Diesseits des Atlantiks verliert die militärische Präsenz der USA aus eigenem Urteil Washingtons an Bedeutung. Europa lernt, das notwendige Maß an Sicherheit Schritt für Schritt selbst zu produzieren. Europa baut sich um. Sein eigenes Gewicht wird stärker, wenn es seine Kräfte bündelt. Deshalb ist es nötig, dass die EU sich zu einer Sicherheits- und Verteidigungsunion entwickelt. Alle Mitgliedsstaaten der Union verfügen über etwa die gleiche Zahl von Streitkräften wie die USA. Gemeinsam aber produzieren sie nur den zehnten Teil der militärischen Leistung, wenn man die Fähigkeiten im Atlantikraum miteinander vergleicht. Eine Strukturreform der europäischen Armeen ist zwingend. Das Problem ist nicht, östlich des Atlantiks gäbe es zuviel USA; bei uns gibt es sicherheitspolitisch zuwenig Europa. Deshalb gehen wir an die Aufgaben, den europäischen Pfeiler des transatlantischen Bündnisses zu stärken.

Es ist ein Zeichen für den Zuwachs an Verantwortung, dass die EU eine Rolle übernimmt, die zuvor von den USA ausgefüllt wurde: in europäischen Konfliktregionen mit zu helfen, das notwendige Maß an Sicherheit zu gewährleisten, damit die regionalen Konfliktparteien lernen, ihre gegeneinander gerichteten Interessen auszugleichen. In diesem Frühjahr hat die EU von der NATO das Mandat der UNO übernommen, um Makedonien in ein reformorientiertes Modell der Demokratie im europäischen Südosten zu verwandeln. Das geschieht nicht im Gegensatz zur NATO, sondern in Kooperation. Flexibilität der Instrumente, gebunden an eine gemeinsam ausgearbeitete Strategie - das ist das Kennzeichen des gemeinsamen Herangehens an die Lösung von Problemen.

Willy Brandt, als er den Friedensnobelpreis verliehen bekam, hatte fest im Blick, wie das neue Europa konturiert sein wird. "Unser Europa, aus der Erfahrung von Leiden und Scheitern geboren, ist der bindende Auftrag der Vernunft ... Jener Vernunft, die uns den Frieden befiehlt, weil der Unfriede ein anderes Wort für die extreme Unvernunft geworden ist."

Der Konvent debattiert gegenwärtig die künftige Verfasstheit der EU. In dieser Debatte konstituiert sich zugleich eine Öffentlichkeit als Mahner und Impulsgeber für ein sich erneuerndes Europa. Europas Kraft kommt aus der Vielfalt. Die kulturelle, regionale und nationale Differenz wird anerkannt und produktiv genutzt. Flexibilität ergänzt sie. So öffnet sich allen die Chance, sich an den Angeboten der Integration abgestuft zu beteiligen. Alle Projekte sind insgesamt darauf gerichtet, den Zusammenhalt zu fördern. Das Europa der EU kann kohärent bleiben, wenn es Integrationskräfte immer neu freisetzt. Frankreich und Deutschland waren dafür die Garanten. So ist die EU heute ökonomisch den USA ebenbürtig geworden. Sozial und ökologisch hat die EU einen anderen

Modernisierungspfad beschritten als die USA. Auf diesem Pfad darf Kontinentaleuropa nicht stehen bleiben. Gerade die beiden kerneuropäischen Länder Frankreich und Deutschland müssen ihre Systeme der sozialen Sicherheit grundlegend modernisieren, damit die Hoffnung auf soziale Gerechtigkeit unter Bedingungen sich beschleunigender Globalisierung eine Adresse hat. Eine sozial gerechte Modernisierung voranzutreiben stärkt zugleich auch das ökonomische Gewicht der EU.

Das Europa der EU war lange mit der Arbeit an seiner Integration und seiner Erweiterung beschäftigt. Die vorwiegend nach innen gerichteten Blicke haben die Explosionen in seinem Südosten solange übersehen, bis die USA militärisch eingriffen. Endlich, nach dem selbstverschuldeten Verlust von Zeit, haben dann die Mitgliedsstaaten der EU ihre gemeinsame Verantwortung erkannt und ihre Stärke ausgespielt. Seither haben die Staaten des ehemaligen Jugoslawien sich dem europäischen Geleitzug angeschlossen, der über die Transformation und den Aufbau ihrer demokratischen Nationalstaaten in die EU führen wird. Den Moment der Schwäche Europas haben die USA bloßgelegt.

Das Ergebnis der neokonservativen Diskussion in den USA ist eindeutig: Ihre hegemoniale Macht beruht auf der unangreifbaren militärischen Überlegenheit. Getragen vom Bewusstsein der Legitimität ihrer Mission setzt sie sich selbst in ihr Recht. Nationale Souveränität, allein gebunden an die Verfassung, ist ihre Grundlage. Multilaterale und internationale Verpflichtungen werden nur noch berücksichtigt, wenn und soweit sie nationalen Interessen nicht entgegen stehen. Bündnisse werden mehr und mehr hegemonial genutzt, ihre Instrumente wie aus einem Werkzeugkasten nach Nützlichkeitsabwägungen eingesetzt. Nicht Koalitionen bestimmen über Missionen, sondern die Ziele der Missionen werden von der US-Administration definiert und eine Koalition von Willigen soll folgen. Schließlich beansprucht die Administration für sich, militärisch präemptiv eingreifen zu dürfen, wo präsumptive

militärische Gefahren für die USA existieren. In den 90er Jahren sind die Grundlagen dieser neuen Doktrin in der neokonservativen Debatte erarbeitet und mit der Präsidentschaft von George W. Bush sind sie planmäßig verwirklicht worden. Substantielle Kritik daran wird als "unpatriotisch" gebrandmarkt. Der 11.09.01 hat den Neokonservativen eine Lizenz verschafft, die September-Lizenz wie Michael Walzer sie nennt, ihre konservative Revolution militärstrategisch durchzusetzen. Diese Revolution hat den Westen in seinen Sog gerissen. Die erste Phase nach den terroristischen Angriffen auf die USA war davon geprägt, dass multilaterales Handeln gegen den Terrorismus eine neue Chance erhielt. Das Mandat der UNO für Enduring Freedom wurde rasch erarbeitet und konsequent realisiert. Als jedoch der Irak ins Visier rückte, verloren die Gründe für den Krieg, anders als im Kampf gegen Taliban und Al Qaida, an Überzeugungskraft. Weil die Mehrheit der Mitglieder des Sicherheitsrats Legitimationslücken für eine militärische Intervention sahen, wurde die UNO beiseite geschoben. Gerhard Schröder hatte sich frühzeitig auf ein Nein zur militärischen Intervention festgelegt, soweit von Deutschland eine aktive Rolle erwartet werde. Er schloss aus der Debatte, wie sie in den USA bis in den Sommer 2002 geführt wurde, den erkennbar gewordenen Willen der Administration, den Krieg gegen den Irak Saddam Husseins zu führen. Ob der Weg über den Sicherheitsrat der UNO und die Resolution 1441 vom November 2002 ernsthaft einen Krieg hätte verhindern können, das werden Historiker analysieren. Wann auch immer die US-Administration sich zum Krieg entschieden hatte, ihrem Willen folgte eine deutlich geringere Zahl von Staaten als im Golf-Krieg zuvor und im Afghanistan-Krieg danach. Die weltweite Zuneigung zu den im innersten Selbstverständnis getroffenen USA hatte sich mit atemberaubender Geschwindigkeit in wenigen Monaten in Skepsis, auch in Misstrauen umgewandelt. Unabhängig von ihren Regierungen wandte sich die klare Mehrheit der Europäer gegen eine militärische Intervention. Sie spürte,

dass Gründe für einen Krieg getauscht wurden, dass seine Legitimationsbasis schwand und die politische Überzeugungskraft brüchig wurde. Aufgefüllt wurden diese Schwächen durch die asymmetrische militärische Dominanz. Militärisch haben die USA und die Koalition der Willigen gesiegt. Den Frieden müssen sie erst noch gewinnen.

Im Verständnis der meisten Europäer war der Krieg gegen den Irak falsch. Richtig war jedoch der Sturz der Diktatur Saddam Husseins. Mit dem militärischen Sieg ist die Legitimationslücke keineswegs geschlossen. Die Uno ist nicht bloßes Ornament. Und völkerrechtlich berechnete Fragen dürfen im Raum der Macht nicht verhallen. Dennoch: die Menschen im Irak haben eine neue Chance. Zum ersten Mal seitdem ihr Staat existiert, können sie erwarten, dass sie über ihre politische Zukunft selbst bestimmen können. Trotz aller inneren Widersprüche, der regionalen Disparitäten, der Spannungen zwischen religiösen Ansprüchen und säkularen Erfordernissen - die Iraker werden es bald in ihrer eigenen Hand haben, wie sie künftig leben wollen.

Die transatlantische Kontroverse um den Irak- Krieg ist nicht beendet. Sie ist eine Kontroverse innerhalb des Westens. Deshalb ist eine Debatte zu führen, die Klarheit schafft. Sie sollte mit der Frage beginnen, wie auf dem Weg des normativen Fortschritts weitergegangen werden soll, den die USA nach dem zweiten Weltkrieg geebnet hat. Die Mehrheit der Europäer beharrten im Sicherheitsrat auf dem Vorrang ihres Verständnisses von Völkerrecht. Viele sehen wie Jürgen Habermas "die normative Autorität Amerikas ...in Trümmern (liegen)". Wie kann ein neues Fundament der Legitimität gelegt werden? Wie soll die UNO als Forum der Weltgemeinschaft weiter entwickelt werden? Wie können die beiden tragenden Prinzipien der Charta, die nationalstaatliche Souveränität und universelle Geltung der Menschenrechte anders miteinander verbunden werden? Wo liegen künftig die Grenzen der Toleranz gegenüber der Verletzung von Menschenrechten? Wann sind Interventionen erlaubt gegenüber Staaten, die permanent den Entscheidungen des Sicherheitsrats zuwiderhandeln? Ohne Zweifel: das Völkerrecht muss die neuen Bedrohungen ins Auge fassen und sich fortentwickeln.

Der internationale Terrorismus will das zivilisatorische Zusammenleben aufsprengen. Deshalb ist es zulässig, den harten Kern des Terrorismus mit der hard power militärischer Mittel zu bekämpfen. Terroristen des neuen Typs entstaatlichen den Krieg, privatisieren Gewalt und wollen das Monopol des zivilen States zerstören, Sicherheit zu garantieren. Zwei Strategien, den Terrorismus zu bekämpfen stehen sich gegenüber. Zum einen versuchen Europäer in ihrer Mehrheit, den Terrorismus in ein polizeiliches Problem zu verwandeln. Deshalb wollen sie die UNO stärken, damit sie in den Stand versetzt werden kann, das ihr zustehende Gewaltmonopol auszuüben.

Allerdings verlangt dies eine größere politische Bereitschaft zu globalem Handeln sowie ein deutliches höheres finanzielles Engagement. Zum anderen setzen die USA auf militärische Intervention im Kampf gegen den Terrorismus. Einmal in Gang gesetzt wie im Krieg gegen den Irak, kann diese Strategie einen permanenten Zwang ausüben und in der Gefahr enden, dass bei jeder folgenden Auseinandersetzung eine Koalition der Willigen immer mühseliger hergestellt werden muss. Eine mögliche Folge wäre, dass die USA ihre Macht überdehnt und der politische Widerstand gegen ihre Hegemonie wächst. Werden beide Strategien weiterhin nicht sinnvoll aufeinander bezogen, dann zerbricht die Komplementarität zwischen Europa und den USA. Das Vertrauen beiderseits des Atlantik war begründet auf der Selbstbeschränkung der USA und auf der Verlässlichkeit der Europäer. Dieses Vertrauen wieder herzustellen, liegt im langfristigen Interesse beider. Wie sonst sollen die großen Aufgaben bewältigt werden, vor denen die Weltgemeinschaft steht: Hunger und Armut zu bekämpfen, Terrorismus und Diktaturen auszutrocknen, Menschen zu ermutigen, damit sie sich für Freiheit und Demokratie einsetzen? Wenn der Westen sich neu darauf

verständigt und wieder lernt, seine Fähigkeiten auf gemeinsam definierte Ziele hin zu bündeln, können die Konflikte bewältigt werden. Entscheidend wird sein, die Funktionen von Staatlichkeit in Krisenregionen zu fordern, damit sich Nationen und die sie tragenden Gesellschaften sich bilden können. Notwendig ist dafür ein policy mix, der starke militärische Komponenten zum Inhalt haben muss, damit sie überzeugend abschreckend wirken können, aber auch robuste polizeiliche Sicherheitskräfte, damit sie zwischen Konfliktparteien vermitteln können. Werden Instrumente der soft power strategisch richtig eingesetzt, können sie den Konflikten innewohnenden Gewaltpotenzialen die Kraft nehmen. Zivile Fachdienste, die mithelfen, den inneren Frieden stabil zu halten und den zivilen Wiederaufbau nach gewaltsam ausgetragenen Konflikten in enger Kooperation mit den Experten des betreffenden Landes unterstützen, müssen in einem strategischen Gesamtkonzept die Sicherheitsdimension ergänzen. Werden die Anteile von soft power und hard power je nach Bedrohungslage strategisch überlegt und flexibel genutzt, dann verringert dies die Gefahren. Werden diese Instrumente auf die jeweilige Situation bezogen flexibel eingesetzt und in einen strategischen Gesamtrahmen gestellt, dann werden Bedingungen geschaffen, die geeignet sind, aus der globalen Unordnung eine vernünftige Ordnung entstehen zu lassen.

Der Westen wird seine Chancen verspielen, wollte sich Europa gegen Amerika emanzipieren. Der Westen wird eine humane Zukunft gewinnen, wenn Amerika und Europa sich von ihren Fehlern emanzipieren. John Rawls, der große Philosoph des nordamerikanischen Liberalismus, nimmt in seinem letzten Buch "Das Recht der Völker" die Leitidee Kants auf und wendet seinen Entwurf vom Frieden hin zu einem neuen multilateralen Verständnis des modernen Völkerrechts. Das ist die Brücke, die sich über den Atlantik spannt, hier begegnet sich europäisches Denken. Nicht unterschiedliches Verstehen der Ideen oder der Grundwerte ist es, das zwischen Amerika und Europa liegt. Es sind die unterschiedlichen Erfahrungen mit politischer Macht und militärischer Gewalt, die uns trennen. Europa kennt den Unterschied zwischen Triumph und Triumphalismus. Den haben wir gelernt in den finsternen Zeiten unserer Geschichte. Triumph verbindet Stärke mit Demut. Wer sich vom Triumphalismus hinreißen lässt, der ist bald allein und ruft herbei, was seine Macht vielleicht zerbröseln kann. Machtpolitik, die versucht, in wechselnden Allianzen Balancen zwischen Mächten zu finden: das wäre eine schlechte Utopie einer neuen Weltordnung. Die Alternative ist eine Weltinnenpolitik, in die alle Staaten eingebunden sind.

"Europa und Amerika sind nicht zu trennen", hat Willy Brandt gesagt. "Sie brauchen einander als selbstbewusste, gleichberechtigte Partner. Unsere Freundschaft wird den Vereinigten Staaten um so mehr gehören, je schwerer dieses große Land an seinen Bürden trägt." Amerika und Europa können zu einer neuen Partnerschaft finden. Darin liegt die Möglichkeit, nicht die Gewissheit, dass die Welt doch vernünftiger werden kann und demokratischer. Darin liegt die Möglichkeit einer Universalität, die etwas anderes ist als Globalisierung.

Gert Weisskirchen

Veröffentlicht am 31.05.2003